AUSLAND

„CHINA WIRD DIESEN KRIEG GEWINNEN“

Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz hält Donald Trumps Zollpolitik für gefährliche Demagogie – und hat einen Rat für Friedrich Merz

Interview: Marc Etzold

Das Gefühl sozialer Ungerechtigkeit ist so groß wie nie, glaubt Wirtschaftsexperte Stiglitz

FOTO: OEL SAGET/AFP/GETTY IMAGES

Herr Stiglitz, Donald Trump geht zollpolitisch derzeit auf volle Konfrontation. Vor allem mit China legt er sich an.
Ja, China ist das einzige Land, das nicht zurückgewichen ist und keinen Deal mit Trump forciert. Der Kaiser in Washington fordert von der ganzen Welt Unterwürfigkeit, aber China ist dazu nicht bereit.
Warum nicht?
In seiner ersten Amtszeit hat Trump ein Handelsabkommen mit Mexiko und Kanada unterzeichnet, das er nun mit seinen eigenen Händen in der Luft zerreißt. Warum sollte man ein Abkommen mit so jemandem unterzeichnen? Man kann Trump nicht trauen.
Zuletzt hat der US-Präsident viele Zölle für 90 Tage ausgesetzt. Was passiert, wenn die Frist abläuft?
Ich gehe fest davon aus, dass Trump sie wieder in Kraft setzen wird. Er liebt Zölle, das sagt er immer wieder. Ich nehme ihn beim Wort. Es mag ein paar Länder geben, mit denen er bilaterale Vereinbarungen aushandelt. Aber er hat gar nicht das Personal, um in 90 Tagen Abkommen mit 100 Ländern zu vereinbaren, geschweige denn mit Inseln, auf denen nur Pinguine leben.
Wie nah stehen die USA und die Welt vor einer Rezession?
Viele Beobachter sagen, dass wir uns bereits in einer Rezession oder zumindest in einer Konjunkturabschwächung befinden. Das Vertrauen der Verbraucher und Unternehmen ist gering, ebenso die Investitionen. Es liegt auf der Hand, dass die Exporte unter den gegenseitigen Vergeltungszöllen leiden werden. Die Daten sind aber schwer zu interpretieren, da die Lage so turbulent ist. Der Präsident erlässt Zölle und setzt sie wieder aus. Die vollen Auswirkungen auf die Preise sind noch nicht zu spüren.
Trump behauptet, Zölle brächten Industriejobs in die USA zurück. Manch einer sieht in seiner Wirtschaftspolitik eine Rückkehr zum Merkantilismus, zur Absicht, möglichst wenig aus dem Ausland einzuführen. Trifft es das?
Im Merkantilismus des 16. Jahrhunderts hat man den Erfolg eines Landes daran gemessen, wie viel es im Vergleich zu seinen Importen exportiert hat. Es stimmt, Trump möchte dieses Ungleichgewicht im Handel beseitigen, aber wir leben nun mal in einer Wirtschaft des 21. Jahrhunderts. Anders als im 19. und 20. Jahrhundert werden heutzutage nicht nur Waren exportiert, sondern auch Dienstleistungen. Selbst wenn man den Merkantilismus an das 21. Jahrhundert anpasst, ist Trump ein schlechter Merkantilist: Er hat den Dienstleistungsbranchen wie dem Tourismus, dem Bildungs- und Gesundheitssektor schweren Schaden zugefügt.
Die Regierung verfolgt mit dem sogenannten Mar-a-Lago Accord die Idee, den Dollar zu schwächen und die gigantischen Schulden der USA umzustrukturieren. Was würde das für die USA bedeuten?
Das zeigt, wie inkonsistent die Vorschläge sind. Trump sagt, ein schwächerer Dollar sei gut für den Export, aber zugleich möchte er, dass der Dollar die weltweite Leitwährung bleibt. Eine Leitwährung begünstigt aber einen stärkeren Dollar. Es gibt einen grundlegenden Widerspruch. Diesen will Trump auflösen, indem er andere Länder, die US-Staatsanleihen halten, dazu bringt, diese Anleihen umzuwandeln in Century Bonds, Anleihen mit einer 100-jährigen Laufzeit. Ohne Zinsen.
Das wäre ein Albtraum für die Anleger, die eine Rendite erwarten.
Deswegen droht Trump: Wenn ihr nicht mitmacht, verliert ihr unsere Sicherheitsgarantien, und es gibt mehr Zölle. Aber der größte Einzelbesitzer von US-Staatsanleihen ist der chinesische Staat. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass China Anleihen von 700 Milliarden Dollar besitzt. Ich war in China, und dort sagten mir meine Gesprächspartner offen, dass Trump faktisch fordert, einen Zahlungsausfall zu akzeptieren. Das würde das Ende des US-Dollar als Reservewährung bedeuten und Turbulenzen auf den globalen Finanzmärkten verursachen. Die Chinesen haben recht. Sie verstehen die globalen Finanzmärkte besser als der Vorsitzende des Wirtschaftsberatergremiums unter Trump.

Chinas Hightech-Personal ist besser ausgebildet als das der USA

FOTOS: REUTERS; ANDREW HARNIK/GETTY IMAGES; DDP

Deal mit Europa? Zuletzt sprach Italiens Regierungschefin Meloni mit Trump über Zölle

JOSEPH E. STIGLITZ, 82
Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler lehrt an der Columbia University in New York. Von 1993 bis 1997 war er unter Bill Clinton Mitglied im Rat der Wirtschaftsberater des US-Präsidenten, den er ab 1995 auch leitete. Von 1997 bis 2000 war Stiglitz Chefökonom der Weltbank. 2001 erhielt er den Wirtschaftsnobelpreis. Am 1. Mai erscheint sein neues Buch „Der Weg zur Freiheit – Ökonomie für eine gerechte Gesellschaft“. Darin beschreibt er, wieso in den Vereinigten Staaten ein falsches Freiheitsverständnis dominiert.

Was der US-Präsident vorhat, erinnert daran, was die Europäer mit Griechenland gemacht haben. Dort wurden die Altschulden vor gut einem Jahrzehnt gegen neue Anleihen mit extrem langer Laufzeit ausgetauscht.

Das war ein Zahlungsausfall, wir alle wussten das, und es war einfach nötig. Aber Griechenland ist eine Sache, die USA eine andere. Für einen amerikanischen Zahlungsausfall gäbe es keine Entschuldigung, und der Schaden wäre enorm. All das zeugt von einem Mangel an Verständnis der globalen Wirtschaft. Der ist so grundlegend, dass andere Länder sich am Kopf kratzen und sagen: Wie sollen wir mit einer Regierung verhandeln, die solche Vorschläge macht?

In Ihrem neuen Buch „Der Weg zur Freiheit“ erklären Sie, der Neoliberalismus habe in den USA zum Aufstieg des Populismus geführt und damit letztlich zu Trump. Wie kommen Sie zu diesem Schluss?

Der Neoliberalismus war, vereinfacht gesagt, die Idee, freie Märkte zuzulassen und sie sich entfalten zu lassen. Es war eine Rückbesinnung auf den Liberalismus des 19. Jahrhunderts, aber freie Märkte im 20. und 21. Jahrhundert sind viel gefährlicher. Sie haben enorme Ballungen von Marktmacht geschaffen. Das sehen wir an den Tech-Giganten, am Reichtum von Elon Musk und Mark Zuckerberg. Immer wenn es eine solche Konzentration wirtschaftlicher Macht gibt, geht diese zwangsläufig in politische Macht über. Wir haben eine enorme Einkommensungleichheit, die aus unregulierten Märkten resultiert. Zugleich gibt es neue Medien, die es den Menschen ermöglichen, genau zu sehen, wie andere Menschen leben. Sie sehen, wie Marktmacht ausgenutzt wird. Es gibt somit ein echtes Gefühl der Ungerechtigkeit. Das schafft einen fruchtbaren Boden für Demagogen. Amerika hatte wirklich Pech, dass der Demagoge, der hier die Bühne betrat, Donald Trump heißt.

In den 1990er- und 2000er-Jahren kam es zu einer massiven Deindustrialisierung in den USA. Machen Sie dafür auch den Neoliberalismus verantwortlich?

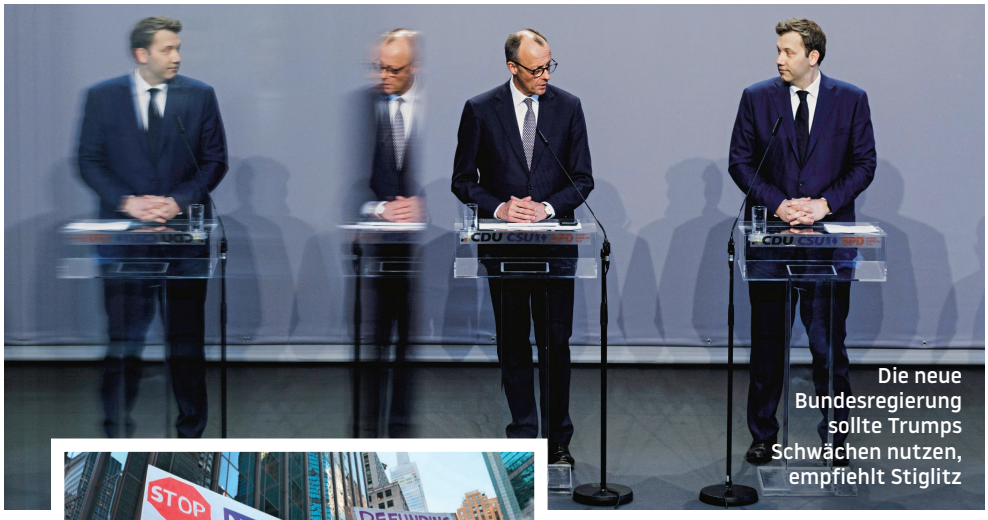
Ein wichtiger Grundsatz des Neoliberalismus ist der freie Handel, der zur raschen Deindustrialisierung beigetragen hat. Als ich Vorsitzender des Rats der Wirtschaftsberater unter Bill Clinton war, wies ich darauf hin, dass dies zu mehr Ungleichheit führen werde. Ich riet, dass wir massiv in die Umschulung von Menschen investieren müssten, damit sie neue Arbeitsplätze finden, wenn die alten wegfallen. Die Republikaner lehnten dies ab, und die gemäßigten Demokraten vertraten die Meinung, dass die Wirtschaft durch den freien Handel wachse und die Vorteile auf mystische Weise an alle weitergegeben würden. Ich war davon nicht überzeugt, und es ist auch nicht eingetreten. Wir selbst haben die Deindustrialisierung ausgelöst. Der technische Wandel hat all das noch verschärft.

Sie plädieren für einen progressiven Kapitalismus. Die Demokraten sollten den Freiheitsbegriff für sich reklamieren. Genau das hat Kamala Harris probiert und ist gescheitert. Haben Sie sich geirrt?

Meine Überzeugung war und ist: Die Freiheit des einen ist die Unfreiheit des anderen. Durch Zusammenarbeit können wir alle unsere Freiheit erweitern, sodass mehr Menschen ihr Potenzial ausschöpfen könnten. Als Harris Kandidatin wurde, griff sie diese Themen stark auf. Bei ihr ging es um Wirtschaftsfragen, aber auch um Gesellschaftsthemen wie Abtreibung und Waffenbesitz.

Genützt hat es ihr nicht.

Trump hat es geschafft, den Wahlkampf insbesondere auf die Probleme der vergangenen 40 Jahre zu lenken, etwa die Deindustrialisierung. Trump versprach Veränderung. Wir haben nicht erkannt, wie radikal das war. Es handelt sich um fundamentale Veränderungen, die er umsetzen will – zum Beispiel, indem er unsere ➤



Die neue Bundesregierung sollte Trumps Schwächen nutzen, empfiehlt Stiglitz

New Yorker protestieren gegen Kürzungen etwa im Gesundheitsbereich

„TRUMP KANN KEINE JOBS ZURÜCKBRINGEN, DIE ES SO NICHT MEHR GIBT“

Universitäten zerstört, die die Grundlage für den Wettbewerbsvorteil Amerikas bilden. Er hatte den Menschen nie gesagt, dass dies Teil seines Programms ist.

Gewarnt wurde sehr viel vor Trump.

Das stimmt. Kamala Harris konnte sich aber nicht von Joe Biden distanzieren. Biden hatte es davor schwer, sich von Barack Obama und Bill Clinton abzugrenzen. Harris wurde als Vertreterin des Neoliberalismus wahrgenommen. Sie hat zwar gute politische Maßnahmen vorgeschlagen, aber die Menschen kannten das Versprechen von mehr Bildung bereits von Clinton, Obama und Biden. Das hatte aber keinen großen Einfluss auf ihr Leben. Solche kleinen Änderungen reichten also nicht.

Was empfehlen Sie den Demokraten stattdessen?

Wenn man heute Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez bei ihren Kundgebungen mit 30 000 oder 40 000 Menschen erlebt, sieht man, dass die Leute radikale Veränderungen wollen. Aber keine, die unsere Demokratie zerstören. Es gibt eine enorme Unterstützung für progressive Reformen.

Braucht es also einen linken Populismus?

Populismus bedeutet, den Menschen Dinge zu versprechen, die nicht eingehalten werden können. Trump verspricht, dass er die Industriearbeitsplätze zurück nach Amerika holen werde. Wir wissen aber, dass das nicht so einfach geht. Es dauert lange, eine Fabrik zu bauen. Die Lieferketten sind schwach. Es gibt keine ausgebildeten Arbeitskräfte. Als ich in China war, habe ich erlebt, wie die Fabriken dort aussehen. Viele der Arbeitskräfte sind Ingenieure mit Hochschulabschluss. Trump kann nicht die Arbeitsplätze zurückbringen, die vor 50 Jahren im Mittleren Westen verloren gegangen sind, weil es die so nicht mehr gibt. Das ist der wahre Populismus. Sanders und Ocasio-Cortez hingegen wollen einen echten Fortschritt. Wir brauchen eine Wirtschaft, in der Dienstleistungen, Bildung, Gesundheit und Altenpflege besser organisiert werden. Zugleich wollen sie eine progressive Industrie mit neuen Technologien, basierend auf Wissenschaft. Wenn man weltweit die Nummer eins sein möchte, muss man Harvard, Yale, Princeton und alle anderen Elitehochschulen stärken – und sie nicht zerstören.

Ihr progressiver Kapitalismus klingt ähnlich wie die soziale Marktwirtschaft in Deutschland. Ein Zufall?

Keineswegs. Wir können es auch verjüngte Sozialdemokratie nennen. Es muss ein System der gegenseitigen Kontrolle geben. Man gibt einer Regierung viel Macht. Es muss aber Leitplanken geben.

Vor einigen Jahren haben Sie gewarnt, Christian Lindner dürfe nicht deutscher Finanzminister werden. Bald kommt eine neue Regierung ins Amt. Haben Sie Empfehlungen für den wahrscheinlich künftigen Bundeskanzler Friedrich Merz?

Ich habe damals sehr gezögert, mich in eine innerdeutsche Debatte einzumischen. Aber ich konnte einfach nicht anders, weil ich eine dysfunktionale Regierung befürchtete, die scheitern würde. Und genau so ist es gekommen. Ich denke, dass Deutschland mit der Reform der Schuldenbremse nun das Richtige getan hat. Die Verteidigung der Freiheit sollte oberste Priorität haben. Russland, das das Völkerrecht nicht achtet, darf nicht gewinnen. Trump versteht das nicht. Für Europa gilt: Ihr seid leider allein.

Wenn Merz mit Trump einen Deal schließen wollte, was würden Sie ihm raten?

Er sollte versuchen, Trumps Obsessionen und Fehlannahmen für sich zu nutzen. China hat das in der ersten Amtszeit gut gemacht, als es Sojabohnen aus den USA statt aus Brasilien kaufte. China kostete das wenig, aber symbolisch war das für Trump wichtig. Man muss sich fragen, was einen selbst nicht viel kostet, aber für ihn einen hohen Wert hat. Gibt es das für Deutschland und Europa? Ich weiß es nicht.

Und wenn nicht?

Dann müssen sich die Europäer überlegen, welche Strategie sie wählen. China ist zu der Einschätzung gelangt, dass sie die Karten in der Hand haben wollen. Wenn die Vereinigten Staaten weniger deutsche und chinesische Waren kauften, bekämen sie ein Nachschubproblem und höhere Inflation. China ist im Übergang von einer exportorientierten Wirtschaft hin zu einem von der Binnennachfrage getriebenen Wirtschaftsmodell.

China wird also den Handelskrieg gegen die USA gewinnen?

Ich denke schon. Während China wirtschaftlich gut aufgestellt ist, schwächeln die USA. Die Chinesen wollen international zu dem zuverlässigen Handelspartner schlechthin werden. Manche nennen das „G minus eins“ …

… in Anlehnung an G7 oder G20.

Ja, eine Welt, in der die USA nicht mehr als wichtiger Akteur gelten. Sie ziehen sich in ihr Schneckenhaus zurück und sind dadurch umso ärmer. Das ist natürlich zugespitzt. Sollte die Entwicklung in diese Richtung gehen, könnte Trump letztlich sagen, auch wenn das nicht wahr wäre: Wir haben den Handelskrieg gewonnen, also senken wir die Zölle wieder. ✖

stern-Korrespondent **Marc Etzold** hat das Interview mit Stiglitz, der in New York lebt, am vergangenen Karfreitag geführt. In den USA ist der kein Feiertag

FOTOS: FLORIAN GAERTNER/IMAGO; SPENCER PLATT/AFP/GETTY IMAGES